



Detailansicht des Registereintrags

BP Europa SE

Stand vom 18.08.2025 09:39:54 bis 21.08.2025 10:35:28

Europäische Aktiengesellschaft (SE)

Registernummer: R001753

Ersteintrag: 25.02.2022

Letzte Änderung: 18.08.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 27.06.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten: Adresse:

BP Europa SE
Überseeallee 1
20457 Hamburg
Deutschland

Telefonnummer: +4923443663333

E-Mail-Adressen:

info@de.bp.com

Webseiten:

www_bp.de

Hauptstadtrepräsentanz: Postfach 80116
10001 Berlin

Telefonnummer: +4923443662409

E-Mail-Adresse: officeberlin@bp.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1.450.001 bis 1.460.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,85

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Patrick Wendeler

Funktion: Vorstandsvorsitzender

2. Arno Appel

Funktion: Vorstand

3. Dr. Hildegard Bison

Funktion: Vorstand

4. René Jansen

Funktion: Vorstand

5. Sebastian Schieberl

Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. Enno Harks Dipl. Ökonom

2. Tobias Wolny M.A.

3. Carsten Pöhl

4. Alexander Junge

5. Antonia Selchow

6. Alexander Klatte

7. Patrick Wendeler

Mitgliedschaften (33):

1. Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. (ASW)

2. Allianz Wasserstoffmotor e. V.

3. AquaVentus Förderverein e. V.

4. Aviation Initiative for Renewable Energy in Germany e. V. (Aireg)

5. British Chamber of Commerce in Germany e. V. (BCCG)

6. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

7. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)

8. Bundesverband der Zahlungs- und E-Geld-Institute e. V. (BVZI)

9. Bundesverband Energiespeicher Systeme e. V. (BVES)

10. Bundesverband Tankstellen und Gewerbliche Autowäsche Deutschland e. V. (BTG)

11. Bundesverband Windenergie Offshore e. V. (BWO)

12. Charta der Vielfalt e. V.
13. Clean Energy Partnership e. V. (CEP)
14. Collegium
15. Deutsches Verkehrsforum e. V.
16. EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler e. V.
17. Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur GmbH (EEHH)
18. Förderkreis der Deutschen Industrie e.V.
19. Forum für Zukunftsenergien e. V.
20. Gaskoalition
21. Industrieverband Hamburg e. V. (IVH)
22. INSPIRE - Institut für praxisorientiertes integriertes Recht der Elektromobilität e. V.
23. KlimaDiskurs.NRW e. V.
24. Prepaid Verband Deutschland e. V. (PWD)
25. Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)
26. Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e. V. (VDE)
27. Verband Schmierstoff-Industrie e. V. (VSI)
28. Verein für europäische Binnenschifffahrt und Wasserstraßen e. V. (VBW)
29. Weltenergierat - Deutschland e. V.
30. Wirtschaftsforum der SPD e. V.
31. Wirtschaftsrat der CDU e. V.
32. Wirtschaftsverband Fuels und Energie e.V. (en2x)
33. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (25):

Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die BP Europa SE (nachfolgend „bp“) beschäftigt in Deutschland rund 4.000 Mitarbeitende, hauptsächlich in Hamburg, Bochum, Gelsenkirchen, Lingen (Ems) und Mönchengladbach. Die Interessenvertretung im Sinne des Lobbyregisters wird von bp Beschäftigten des Bereiches External Affairs selbst betrieben.

bp betreibt in Deutschland zwei Raffinerien in Gelsenkirchen und Lingen und produziert und vertreibt Kraftstoffe, Heizöl und Schmierstoffe sowie petrochemische Produkte. Mit den Produkten und Dienstleistungen unter den Marken bp, Aral und Castrol erreicht bp in Deutschland

täglich Millionen Kund:innen. Mit über 2.400 Tankstellen ist Aral der größte Anbieter im deutschen Markt. Unter der Marke „Aral pulse“ bietet bp ein wachsendes Ladenetz für schnelles und ultraschnelles Laden von Elektrofahrzeugen an und zählt damit zu den führenden Anbietern in diesem Segment. Der Geschäftsbereich Air bp umfasst den Vertrieb von Turbinenkraftstoff (Jet A1) und Kolbenmotor-Flugbenzin an Flughäfen. bp hat in der Offshore Wind Auktion 2023 den Zuschlag zur Entwicklung von zwei Offshore Wind Flächen in der deutschen Nordsee erhalten und ist somit in Deutschland neu in dieses Geschäftsfeld eingetreten. Im 3. Quartal 2025 wird der Geschäftsbereich Offshore Wind in ein neues, eigenständiges Unternehmen "JERA Nex bp" überführt werden, dessen Shareholder zu je gleichen Teilen bp und JERA Co., Inc. sein werden. Gegenüber Bundestag und Bundesregierung bringt sich bp im Hinblick auf die Ausgestaltung von politischen Rahmenbedingungen, die für das Geschäft von bp relevant sind, ein. Dazu zählen Themen wie Elektromobilität, Mobilität und Tankstelleninfrastruktur, emissionsärmere, unter anderem strombasierte, gasförmige und erneuerbare Kraftstoffe für PKW, LKW und Flug- und Schiffsverkehr (z. B. Sustainable Aviation Fuels), Wasserstoffprojekte, Importe von LNG und Ammoniak, der nationale Emissionshandel und die Umsetzung des EU ETS in Deutschland. Darüber hinaus geht es um zukunftsweisende Rahmenbedingungen für energieintensive Industrien in Bezug auf Raffinerien, den Gebäude- und Wärmemarkt, Steuer- und Beschäftigungspolitik, Sicherheitsvorgaben, Versorgungssicherheit, Umweltthemen wie Kreislaufwirtschaft und Recycling sowie die Entwicklung der Strommarktdesigns in Deutschland. Außerdem setzt sich bp für eine diskriminierungsfreie, vielfältige Gesellschaft und Arbeitswelt ein. Im Rahmen dieser Interessenvertretung steht bp mit Vertreter:innen der Bundesregierung und des Bundestages im Austausch und bringt die unternehmerische Perspektive über direkte Kontaktaufnahmen und über die Mitarbeit in Verbänden in den politischen Prozess ein. Auch liefert bp Expertise, wenn diese von Vertreter:innen des Bundestages und der Bundesregierung angefragt wird, z. B. bei Anhörungen, in Expertenkreisen, bei Standortbesuchen oder auch im direkten Gespräch. bp arbeitet mit Wirtschafts- und Industrieverbänden zusammen und ist im regelmäßigen Austausch mit Think Tanks und NGOs. bp unterstützt Forschungsprojekte, Initiativen und Konferenzen zu politischen, (energie-)wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen und führt begleitende Kommunikationsmaßnahmen durch, z. B. mit den bp Forums Veranstaltungen oder auch mit Stakeholder Veranstaltungen, wie Mittagsgespräche, etc.

Konkrete Regelungsvorhaben (18)

1. Verschiedene Änderungen im Wind-auf-See-Gesetz

Beschreibung:

Anpassungen des WindSeeG zur Stärkung der Realisierbarkeit von Projekten:

- Bindung der Frist zur Einreichung der Genehmigungsunterlagen an den Fertigstellungstermin der Netzanbindung und nicht an den Zeitpunkt des Zuschlages
- Frist zur Herstellung technischer Betriebsbereitschaft auf mind. 12 Monate anheben (vgl WindSeeG, §81, Absatz 2, Nr. 5.)
- Verpflichtende Zuschlagsentzug durch die BNetzA soll in „Kann“ Option umgewandelt werden.
- Faire Risikoverteilung auf Betreiber und ÜNB herstellen
- Bei Verzögerungen des Netzanschlusses von mehr als einem Jahr sollte sich die Zahlung

der 10% der zweiten Gebotskomponente um die Zeitspanne der Verzögerung verschieben.

- Im Fall von wesentlichen Verspätungen von Netzanbindungen risikominimierende Maßnahmen für Windparkentwickler

Betroffenes geltendes Recht:

WindSeeG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240009 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. Verschiedene Änderungen: Versorgungsauflage (Masterplan LIS 2 - Maßnahme 5)

Beschreibung:

Rahmenbedingungen verbessern:

- 1) Vereinheitlichung der 16 Landesbauordnungen
- 2) Standardisierung & Digitalisierung der Netzanschlussverfahren mit gesetzlich geregelten Bearbeitungs- und Umsetzungszeiten.

Alternativvorschläge:

- 1) Tankstellenunternehmen werden verpflichtet, bis zum 01.01.2028 eine bestimmte Gesamtladeleistung zu installieren
- 2) Tankstellenunternehmen müssen standortunabhängig bis zum 01.01.2028 eine bestimmte Anzahl an Ladepunkten installieren, die der Anzahl ihrer deutschlandweit betriebenen Eigentümerstandorte entspricht.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12774 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes
Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMDV) (20. WP): Gesetz zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

GEIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrsinfrastruktur [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2406200095** \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

3. Verschiedene Änderungen der 36. BImSchV**Beschreibung:**

bp befürwortet die Anhebung der Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) gemäß § 37h des Bundes-Immissionsschutzgesetzes um 0,1 Prozentpunkte.

Änderungen der UERV haben wir zur Kenntnis genommen und aufgrund von getätigten Investitionen in Projekte, die wir nach aktuell geltender Rechtslage getätigt haben, plädieren wir für klare Übergangsregelungen im Rahmen der Beendigung dieser Projekte.

Referentenentwurf:

[Verordnung zur Änderung der sechsunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes \(20. WP\) \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Datum der Veröffentlichung: 21.02.2024

Federführendes Ministerium: [BMUV \(20. WP\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[UERV](#) [[alle RV hierzu](#)]; [BImSchV 36](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

[Immissionsschutz](#) [[alle RV hierzu](#)]; [Klimaschutz](#) [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2406240138** \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

4. Verschiedene Änderungen 37. BImSchV**Beschreibung:**

Co-Processing sollte im Einklang mit EU-Recht und dem SAF-Mandat als Compliance-Option vollumfänglich akzeptiert werden.

Ambitionierte nationale und EU-Ziele sollten mit erweiterter Rohstoffliste einhergehen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9844 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Neufassung der siebenunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - (Verordnung zur Anrechnung von strombasierten Kraftstoffen und mitverarbeiteten biogenen Ölen auf die Treibhausgasquote - 37. BImSchV)
Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMUV) (20. WP): Referentenentwurf einer Verordnung zur Neufassung der 37. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 37 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240113 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. Verschiedene Änderungen im BImSchG

Beschreibung:

Die gemeinsame Verarbeitung von immer mehr biogenen Ölen sowie von RFNBOs oder grünem Wasserstoff neben Rohöl ist ein kosteneffizienter Weg zur Dekarbonisierung des Brennstoffpools, ein von der ASTM zertifizierter Weg und eine Option für die Einhaltung von ReFuelEU Aviation und RED II in Europa. Dies bedeutet, dass Co-Processing auf der Ebene der Mitgliedstaaten zulässig sein sollte, ohne dass weitere Beschränkungen in Bezug auf die zulässigen Rohstoffe eingeführt werden. Es bedarf einer zügigen Annahme der neuen

Rohstoffe, die in die jüngste Überarbeitung von Anhang IX aufgenommen wurden, indem förderfähige Zwischenfrüchte und ihr Wachstum auf degradierten Flächen als fortschrittliche Rohstoffe für die SAF-Produktion anerkannt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406210229 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Verschiedene Änderungen der Nationalen Biomassestrategie

Beschreibung:

Rolle von Importen berücksichtigen, keine zusätzlichen Einschränkungen für nachhaltigere Biokraftstoffe.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

7. Verschiedene Änderungen in der nationalen Umsetzung der RED II- Novelle

Beschreibung:

bp spricht sich für eine ambitionierte Weiterentwicklung der bestehenden Treibhausgasminderungsquote aus.

Das bestehende THG-Quotensystem für den Straßenverkehr sollte fortgeführt und weiterentwickelt werden mit einem höheren oder flexiblen Ambitionsniveau.

Bei der Umsetzung der RED III sollte die Bundesregierung nicht nur eine Fortschreibung der Regelungen bis zum Jahr 2030 vornehmen, sondern auch die Zeit nach 2030 mindestens bis zum Jahr 2040 in den Blick nehmen. Ein langer Horizont ist notwendig, um die Investitionen tätigen zu können, die für die Dekarbonisierung des Transportsektors gebraucht werden.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 19.06.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 36 [alle RV hierzu]; BImSchV 37 2024 [alle RV hierzu]; BImSchV 38 2017 [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2507210005](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

8. [Einführung: Genehmigungsfreiheit für Trafostationen und weitere Nebenanlagen \(Masterplan LIS II - Maßnahmen 50\)](#)

Beschreibung:

Die Baugenehmigungsfreiheit für Trafostationen und sonstige Nebeneinrichtungen von Ladestationen sollte ohne Beschränkungen und Zusatzkriterien schnellstmöglich in den Landesbauordnungen verankert werden.

Sofern Maßbeschränkungen für Transformatoren unvermeidlich sind, sollte mindestens eine Bruttogrundfläche von 20m² von der Genehmigungspflicht ausgenommen werden, um den genehmigungsfreien Bau der Mehrzahl der Ladeinfrastrukturvorhaben zu ermöglichen.

Interessenbereiche:

Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

9. [Keine Erhebung der Gasspeicherumlage an Grenzübergangspunkten](#)

Beschreibung:

Die Erhebung an Grenzpunkten hat das Potenzial, den EU Gashandel negativ zu treffen, da Nachbarländer künftig ähnliche Gebühren erheben könnten. Deshalb sollte die Umlage nur auf inländische Verbraucher angewendet werden. Derzeit wird die Gasspeicherumlage in Höhe von 2,50 €/MWh auch bei Ausspeisepunkten zu anderen Ländern erhoben. Dies führt dazu, dass der Gasexport aus Deutschland praktisch zum Erliegen gekommen ist. Da Gashändler kein Gas mehr exportieren, wird auch keine Umlage eingenommen. Und da keine Transportkapazitäten gekauft werden, stehen diese leer und erhöhen die Kosten für alle übrigen Kunden inklusive der deutschen Industrie.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 17.06.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
(20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]

10. Änderungen zur nationalen Umsetzung der RED III ins WindSeeG

Beschreibung:

- 2023 bezuschlagte Offshore Wind Flächen wurden entspr. § 8a des WindSeeG zu Beschleunigungsflächen erklärt. Es muss Klarheit hergestellt werden, dass die Untersuchungen für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für diese Flächen im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden.
- Durchführung von Untersuchungen zur Durchführung einer UVP - Wahlfreiheit für Entwickler

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11226 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze und zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WindSeeG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240154 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. Verschiedene Änderungen der 10. BImSchV

Beschreibung:

Novellierung der 10. BImSchV, Ermöglichung des Verkaufs von rein paraffinischem Dieselkraftstoff
(HVO 100) und Diesel mit bis zu 10 % Biodieselbeimischung (B 10).

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 621/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SaubFahrzeugBeschG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

12. Verschiedene Änderungen im geplanten delegierten Rechtsakt der EU für eine Methodologie zur Erzeugung von kohlenstoffarmem Wasserstoff

Beschreibung:

- Kohlenstofffarmer Wasserstoff sollte anhand seines Lebenszyklus-THG-Fußabdrucks bewertet werden, wobei Emissionen und Strombeschaffung in der gesamten Wertschöpfungskette berücksichtigt werden müssen, unabhängig von der zugrunde liegenden Technologie.
- Im Gegensatz zur DA (EU) 2023/1185, die nur Standardwerte zulässt, sollten auch projektspezifische Werte akzeptiert werden, um eine bessere Leistung nachzuweisen.
- Es sollte möglich sein, nicht-RFNBO-konformen Strom aus erneuerbaren Energien und andere Formen kohlenstoffarmen Stroms über PPA zu nutzen, um den Kohlenstoff-Fußabdruck zu verbessern.
- Die Erzeugung von kohlenstoffarmem Wasserstoff aus Raffineriegasen sollte ermöglicht werden.

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

13. Verschiedene Änderungen am Ausschreibungsdesign des Lkw-Ladenetzes

Beschreibung:

bp/Aral begrüßt die Initiative des Bundes für einen Aufbau eines initialen Lkw-Ladenetzes auf den unbewirtschafteten Rastanlagen entlang der Bundesautobahnen. Aus unserer Sicht beeinträchtigt das Ausschreibungsmodell in dieser Form jedoch Investitionen in Ladeinfrastruktur für E-Lkw. Insbesondere die Verpflichtung des Durchleitungsmodells sehen wir kritisch.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409270051 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[alle SG dorthin]**14. Verbesserung verschiedener Rahmenbedingungen für den Ausbau der Ladeinfrastruktur****Beschreibung:**

- 1) Einheitliche Baugenehmigungsregelung für Trafostationen (ohne Maßbeschränkungen)
- 2) Bundesweite Einführung des vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens
- 3) Standardisierung der Unterlagenanforderungen
- 4) Digitalisierung und Ausbau der Kapazitäten in Bauämtern
- 5) Standardisierte, transparente und digitale Antragstellung für Netzanschlüsse
- 6) Verbindlicher Zeitplan für die Errichtung eines Netzanschlusses
- 7) Verpflichtung zu vorausschauendem Netzausbau

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412190037 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[alle SG dorthin]Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [alle SG dorthin]**15. Forderungen für die Stärkung der Elektromobilität in Deutschland****Beschreibung:**

- 1) Steuerliche Anreize für E-Fahrzeuge & Vorgaben für behördliche Flotten
- 2) Förderung & steuerliche Anreize für Ladestationen
- 3) Steuervorteile für E-Fahrzeuge
- 4) Förderung von E-Fahrzeugen
- 5) Politisches Bekenntnis zur EU-CO2-Flottenregulierung
- 6) Konsistente, ambitionierte Förderstrategie für E-Mobilität mit Maßnahmen zur Beschleunigung d. Ausbaus öffentlicher & privater Ladeinfrastruktur
- 7) Verlängerung & Verfestigung bestehender Förderprogramme für E-LKWs und HDEVs
- 8) Marktorientierte Investitionsförderung für Megawatt-Ladestationen, um EU-Ziele für öffentl. LKW-Ladeinfrastruktur bis 2030 zu erreichen
- 9) Förderprogramm zum Errichten von Schnellladepunkten in Handel, Gastronomie & Gastgewerbe
- 10) Vereinfachung & Beschleunigung des Netzanschlusses von Ladesäulen

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

16. Bundesweite Aufhebung des Sonn- und Feiertagsverbots für Autowäsche**Beschreibung:**

Aktuell dürfen Tankstellenbetreibende an Sonn- und Feiertagen in sechs Ländern grundsätzlich keine Waschkundschaft bedienen und in fünf Ländern gelten verschiedene Einschränkungen. Im Sinne einer nachvollziehbaren, praktischen Regelung für die Kundschaft und um die Benachteiligung für die Tankstellen in „Verbotsländern“ aufzuheben, sollten Bund und Länder an einer einheitlichen Liberalisierung arbeiten. Eine Möglichkeit wäre, zumindest Portalwaschanlagen zu erlauben, die im geschlossenen Raum ohne sichtbare Arbeit oder Lärmelästigung waschen und ohne Personal betrieben werden.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

17. Grundsätzliche Positionen anlässlich der Bundestagswahl 2025**Beschreibung:**

- Biokraftstoffe sind entscheidend für Klimaziele und sollten verstärkt im Straßen- und Luftverkehr genutzt werden.
- Verbesserte Rahmenbedingungen für Ladeinfrastruktur sind notwendig.
- Wasserstoffkosten müssen gesenkt und Anreize für Zahlungsbereitschaft geschaffen werden.
- Raffinerien müssen wettbewerbsfähig bleiben mit bezahlbarer Energie und CO₂-Zertifikaten sowie Technologien wie Co-Processing, CCS und Kreislaufwirtschaft.
- Offshore-Wind Ausbau sollte durch Planungs- und Investitionssicherheit attraktiver werden.
- CCS braucht gesetzliche Rahmenbedingungen.
- Sonn- und Feiertagsregelungen für Autowäsche sollten einheitlich liberalisiert werden.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503190004 \(PDF - 20 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

18. Anpassung EU Delegierter Rechtsakt RFNBO

Beschreibung:

Verschiebung der Additionalität und stündlichen Korrelation auf das Jahr 2035

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506200066 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (6):

1. DEHSt (Deutsche EmissionsHandelsStelle)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 27.440.001 bis 27.450.000 Euro

Förderrichtlinie Beihilfen für emissionshandelsbedingte indirekte CO2-Kosten
(Strompreiskompensation)

Bewilligung Raffinerie BP Lingen: 8.126.819,54 Euro

Bewilligung Ruhr Oel GmbH BP Gelsenkirchen: 19.313.929,44

2. Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Aurich

Betrag: 1.310.001 bis 1.320.000 Euro

Ladeinfrastrukturförderung 5. Förderaufruf

3. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 17.550.001 bis 17.560.000 Euro

Zuwendung aus dem Sondervermögen "Klima- und Transformationsfonds" (KTF) für das Projekt "LGH2 - Lingen Green Hydrogen - 100 MW Elektrolyse-Anlage"

4. Bundesland Niedersachsen

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Hannover

Betrag: 7.520.001 bis 7.530.000 Euro

Zuwendung aus dem Haushalt des Bundeslands Niedersachsen für das Projekt "LGH2 - Lingen Green Hydrogen - 100 MW Elektrolyse-Anlage"

5. Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Förderprogramm Entwicklung regenerativer Kraftstoffe im Rahmen des SAFari Projekts

6. European Climate, Infrastructure and Environment Executive Agency

Europäische Union
Brüssel
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
ABATE Projekt Zuschuss

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[BP-ESE- Jahresabschlussbericht-2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[bp-code-of-conduct-german.pdf](#)